

25.02.2015

402. Sitzung des Präsidiums
des Deutschen Städtetages
am 25. Februar 2015
in Berlin

Bericht – Kinderschutz im Rahmen der EU-Armutszuwanderung

Beschluss:

Das Präsidium des Deutschen Städtetages nimmt die „Forderungen zum Kinderschutz im Rahmen der EU-Armutszuwanderung“ der Stadt Dortmund und der besonders betroffenen Städte zustimmend zur Kenntnis. Es macht darüber hinaus darauf aufmerksam, dass dem Kinderschutz innerhalb der Zuwanderungs- und Flüchtlingsdebatte generell ein hoher Stellenwert beizumessen ist. Bund und Länder sind aufgefordert, die Städte dabei nachhaltig finanziell zu unterstützen.